

NIEDERSCHRIFT

über die **18.** Sitzung
des Schulausschusses
(XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **14.05.2019**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr
Den Vorsitz führte: Rainer Schmitz

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Norbert Gand
2. Herr Ulrich Herlitz ab 17:30 Uhr
3. Frau Sabine Prosch
4. Herr Bernd Ramakers
5. Herr Karl Heinz Schnitzler
6. Frau Petra Schoppe
7. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

8. Herr Dirk Banse
9. Frau Rosemarie Bruchmann Vertretung für Herrn Otto Schwache
10. Frau Sabine Kühl
11. Frau Frederike Küpper
12. Herr Rainer Schmitz

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

13. Herr Marco Becker
14. Herr Erhard Demmer

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
2.	Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule an Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/3235/XVI/2019	4
3.	Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Mittagessen an den Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/3243/XVI/2019.....	4
4.	Kurzbericht zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf Vorlage: 40/3241/XVI/2019	6
5.	Errichtung eines neuen Bildungsgangs am BBZ Neuss-Weingartstraße: Fachschule für Wirtschaft mit dem Schwerpunkt E-Commerce Vorlage: 40/3237/XVI/2019	7
6.	Schul- und Schülerstatistik 2018/2019 Vorlage: 40/3240/XVI/2019.....	7
7.	Digitale Ausstattung der Kreisschulen (Antrag der SPD-Kreistagsfraktion) Vorlage: 40/3245/XVI/2019	8
8.	Mitteilungen	9
9.	Anfragen	9
9.1.	Bildungsgang "Staatlich anerkannte/r Erzieher/in" (Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion) Vorlage: 40/3248/XVI/2019	9
9.2.	Sonstige Anfragen.....	10

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schmitz, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Verwaltung. Gegen die Feststellung von Herrn Schmitz, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig sei, erhob sich kein Widerspruch.

Gegen den Antrag des Vorsitzenden, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung um den Tagesordnungspunkt „Besetzung der Schulleitungsstelle an der Michael-Ende-Schule“ zu erweitern, gab es keine Einwände.

Herr Lukas Janssen wurde als sachkundiger Bürger verpflichtet.

2. Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule an Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/3235/XVI/2019

Protokoll:

Herr Lonnes wies einführend darauf hin, dass die Satzung bereits in der letzten Sitzung des Schulausschusses beraten und wegen der Eilbedürftigkeit auf Empfehlung des Kreisausschusses am 27.03.2019 vom Kreistag beschlossen worden sei. Die Satzung bringe vor allem Erleichterungen für die Empfänger von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“), die die Höhe ihres Einkommens nicht mehr nachweisen müssen, um vom Elternbeitrag befreit zu werden.

Herr Lonnes teilte mit, dass der Rat der Stadt Dormagen am 09.05.2019 neue Beitragssätze beschlossen habe, die ab dem 01.08.2019 gelten werden. Aus der als Tischvorlage ausliegenden Synopse (**Anlage 1**) ergebe sich, dass die Beiträge für alle Einkommensgruppen gesenkt werden. Da die Stadt Dormagen auch die Elternbeiträge für die offenen Ganztagschulen des Kreises erhebt, sei es sinnvoll, dass für die Kreisschulen die gleichen Beitragssätze gelten wie in Dormagen. Die Verwaltung schlage vor, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 26.06.2019 mit einer Änderungssatzung zum 01.08.2019 die Beitragssätze der Stadt Dormagen übernehme. Er bitte den Schulausschuss, dies zu befürworten.

Frau Küpper und Frau Wienands unterstützten diesen Vorschlag.

Abschließend fasste der Schulausschuss einstimmig den

SchuA/20190514/Ö2

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag, eine Änderungssatzung zu beschließen, mit der die vom Rat der Stadt Dormagen beschlossenen Beitragssätze für die Elternbeiträge an den offenen Ganztagschulen zum 01.08.2019 für die Kreisschulen übernommen werden.

3. Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Mittagessen an den Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/3243/XVI/2019

Protokoll:

Herrn Lonnes führte aus, dass die Erhebung von Gebühren für das Mittagessen an den Förderschulen Mosaik-Schule, Sebastianusschule, Schule am Nordpark und Joseph-Beuys-Schule neu geregelt werden solle. Zurzeit werde von Erziehungsberechtigten, die Anspruch auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes haben, ein Eigenanteil von 1 € pro Verpflegungstag erhoben. Aufgrund des von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Starke-Familien-Gesetzes, solle dieser Eigenanteil zum 01.08.2019 entfallen. Dies mache eine entsprechende Änderung der Satzung des Kreises notwendig. Der Umfang könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht festgelegt werden, da die Ausführungsbestimmungen noch nicht erlassen seien. Da die bisherige Spitzabrechnung sich vom personellen Aufwand sehr aufwendig gestalten lässt, beabsichtige

die Verwaltung zukünftig die Erhebung einer monatlichen Pauschale. Die Pauschale werde keine Erhöhung des bisherigen Beitrags darstellen. Aufgrund der noch bestehenden Unklarheiten werde vorgeschlagen, die Satzungsänderung frühestens im Kreistag am 26.06.2019 zu beraten.

Frau Kühl antwortete, in der Vorlage würden einige Fragen, die für sie wichtig seien, nicht geklärt. Dies sei zum einen die Frage, wie hoch die monatliche Pauschale sei. Zum anderen mache eine Spitzabrechnung Sinn, da in diesem Falle nur das Essen gezahlt werde, was auch gegessen wurde. Im Rahmen der Pauschalierung sei auch zu bedenken, wie abgerechnet werde, wenn Kinder nicht an allen Mahlzeiten teilnehmen. Sie wies außerdem darauf hin, dass bei Zahlungsrückständen eine Mahngebühr erhoben werde, die mit der nächsten Zahlung für das Mittagessen verrechnet werde, so dass ein neuer Zahlungsrückstand in Höhe der Mahngebühr entstehe. Sie bat dieses Verfahren zukünftig zu überprüfen.

Herr Lonnes wies darauf hin, dass der Beschlussvorschlag zunächst nur eine Kenntnisnahme und den Verweis an den Kreistag enthalte. Es sei richtig, dass eine Spitzabrechnung eine hohe Einzelfallgerechtigkeit bedeute, aber andererseits der personelle Aufwand dazu führe, dass der Overhead teurer sei als das Essen selbst. Es sei durchaus möglich, die durchschnittliche Essensteilnahme in einer Pauschale kalkulatorisch zu errechnen. Bezüglich der Mahngebühren erklärte er, dass die Bescheide eine Fristsetzung zur Zahlung enthielten und seitens der Kreiskasse Mahngebühren festgesetzt würden, wenn diese Frist überschritten sei. Dies sei ein normales Verfahren bei allen Zahlungsvorgängen.

Auf die Antwort von Frau Kühl, dass es ihr Anliegen sei, „Mahnspiralen“ zu verhindern, wenn ein Bescheid einmal verloren gehe, führte Herr Lonnes aus, dass er mit der Kasse sprechen werde. Nach seiner Auffassung liege das Leistungsbestimmungsrecht beim Schuldner, soweit nichts anderes vereinbart sei.

Herr Becker stellte die Frage, ob eine Pauschalierung auch so ausgestaltet werden könne, dass diese gerecht sei, wenn man z. B. an Ferienzeiten und ähnliches denke. Herr Lonnes antwortete, dies sei durchaus möglich, wenn man die Anzahl der Schultage zugrunde lege. Auf die Frage von Herrn Becker, wer die Ausführungsbestimmungen des Starke-Familien-Gesetzes erlasse, erklärte Herr Lonnes, dass es sich nicht um eine bundesunmittelbare Gesetzgebung handele, sondern Ausführungsbestimmungen des Landes erforderlich seien, die voraussichtlich vom Sozialminister als Angelegenheit der Sozialhilfe erlassen werden.

Frau Wienands wies darauf hin, dass die entsprechende Vorlage für den Kreistag genau geprüft werden müsse und dann im Kreistag ein Beschluss gefasst werden könne.

Abschließend fasste der Schulausschuss mit 18 Stimmen bei einer Gegenstimme den

SchuA/20190514/Ö3

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und verweist die Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Mittagsverpflegung an den Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Kreistag.

Der Schulausschuss befürwortet, dass die bisherige monatliche Spitzabrechnung durch die Erhebung einer monatlichen Pauschale von deutlich unter 50 € ersetzt wird.

4. Kurzbericht zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf Vorlage: 40/3241/XVI/2019

Protokoll:

Herr Lonnes berichtete, dass sich nunmehr alle acht öffentlichen Förderschulen in Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss befänden. Während in den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung die Schülerzahlen leicht rückläufig seien, steige die Schülerzahl im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung zum neuen Schuljahr 2019/20 stark an. Eine Erklärung hierzu konnten weder Herr Lonnes noch der zuständige Schulaufsichtsbeamte für Förderschulen, Herr Plöger, liefern. Fakt sei aber, dass an allen drei Förderschulen für Geistige Entwicklung zusätzliche Raumkapazitäten geschaffen werden müssten.

Aktueller Lösungsansatz sei die Aufstellung von geeigneten Containern, die gegebenenfalls ausgeliehen werden könnten. Eine Begehung der Schulen durch das Fachamt finde zurzeit statt. Die Kostenermittlung der Maßnahmen laufe zurzeit. Die Kosten seien nicht im Haushaltsplan enthalten, würden aber in der nächsten Kreistagssitzung im Juni beziffert und anschließend über- bzw. außerplanmäßig bereitgestellt. Sollte sich der Trend der steigenden Schülerzahlen fortsetzen, müsse sicherlich über zusätzliche bauliche Maßnahmen und höhere Investitionen nachgedacht werden.

Herr Demmer bedankte sich bei der Verwaltung für die fundierte Analyse, die der Kurzbericht vermittele. Er sah im Bereich der geistigen Entwicklung im Rhein-Kreis Neuss einen Gegentrend zum Land. Er bemerke zudem die trotz steigender Schülerzahlen an den Inklusionsschulen nicht abnehmenden Schülerzahlen an den Förderschulen. Er registriere Abschiebetendenzen von den allgemeinen Schulen an die Förderschulen und wurde in dieser Sichtweise von Frau Küpper unterstützt, die den Wegfall der Hauptschulen, die einen Teil des Schüler-Klientels, welches sich jetzt an den Förderschulen befände, bislang abgedeckt hätten, als eine Ursache ausmache.

Frau Kühl fand den Bericht interessant und sicherlich auch hilfreich für Eltern, forderte aber gleichzeitig auf, auch die Inklusionsschulen im Fokus zu behalten, die im Bereich der geistigen Entwicklung durchaus qualitative Förderung anbieten würden.

Frau Wienands verwies anlässlich der Schülerzahlentwicklung auf die Aufgabe der Politik, Einrichtungen und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die räumliche Unterrichtsversorgung aller Schüler sicherzustellen.

Der Schulleiter des BBZ Neuss-Hammfeld, Herr Jansen, konnte ergänzend von Erfahrungen mit Schülerinnen und Schülern mit geistiger Behinderung berichten. Er verwies hierzu auf Kooperationen des BBZ mit den Gemeinnützigen Werkstätten Neuss (GWN) sowie verschiedenen Förderschulen. Alle Beteiligten am BBZ Neuss-Hammfeld betrieben sehr viel zusätzlichen persönlichen Aufwand, um auch Einzelfälle erfolgreich zu beschulen. Er appellierte an die Politik, den Schulen den Rücken freizuhalten.

Abschließend bedankte Herr Schmitz sich bei den Schulleitern des BBZ Neuss-Hammfeld und der Förderschulen für die geleistete Arbeit.

Der Schulausschuss fasste einstimmig den

SchuA/20190514/Ö4

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Errichtung eines neuen Bildungsgangs am BBZ Neuss-Weingartstraße: Fachschule für Wirtschaft mit dem Schwerpunkt E-Commerce Vorlage: 40/3237/XVI/2019

Protokoll:

Der Leiter des Berufsbildungszentrums Neuss-Weingartstraße, Herr Bullmann, erläuterte den Antrag seines Berufskollegs. Die Nachfrage sei gut, die Bezirksregierung Düsseldorf unterstütze das Vorhaben. Da es sich um einen Schulversuch handle, sei die Genehmigung des Schulministeriums erforderlich.

Herr Lonnes wies darauf hin, dass der Errichtungsbeschluss des Kreistages vorgezogen worden sei, damit das Genehmigungsverfahren rechtzeitig vor Beginn des Schuljahres 2019/2020 abgeschlossen werden könne. Die Bedeutung des digitalen Handels wachse. Da die Zahl der Auszubildenden für einen dualen Bildungsgang E-Commerce nicht ausgereicht habe, sei es wichtig, den Einstieg nun über die berufliche Weiterbildung zu erreichen.

Herr Tressel und Frau Wienands sprachen sich für den neuen Bildungsgang aus.

Einstimmig fasste der Schulausschuss den

SchuA/20190514/Ö5

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und befürwortet die Errichtung des neuen Bildungsgangs.

6. Schul- und Schülerstatistik 2018/2019 Vorlage: 40/3240/XVI/2019

Protokoll:

Herr Lonnes erklärte, dass mit der vorliegenden Schul- und Schülerstatistik die statistischen Zahlen aufgearbeitet worden seien, die die Verwaltung im Schulausschuss am 07.02.2019 vorgelegt habe. In den Sekundarstufen I und II sei eine Konzentration auf die Gesamtschule und das Gymnasium festzustellen. Die anderen Schulformen seien

rückläufig. Wegen des Ausbaus der Gesamtschulen bestehe die Sorge, dass ein Überangebot an Schulplätzen in der Sekundarstufe II entstehe.

Auf Anfrage von Frau Kühl erklärte Herr Plöger, dass die Gesamtschulplätze für Schülerinnen und Schüler aus Schulen des gemeinsamen Lernens außerhalb der normalen Aufnahmeverfahren vergeben werden.

Anschließend fasste der Schulausschuss einstimmig den folgenden

SchuA/20190514/Ö6

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Digitale Ausstattung der Kreisschulen (Antrag der SPD-Kreistagsfraktion)

Vorlage: 40/3245/XVI/2019

Protokoll:

Herr Lonnes verwies auf die Vorlage. Frau Wienands führte aus, in diesem Zusammenhang müsse die Zielsetzung eines solchen Antrages gut überlegt werden. Dabei sei zu berücksichtigen, dass bereits erhebliche Mittel aus dem Programm Gute Schule 2020 und aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz investiert würden. Auch sei zu berücksichtigen, dass die Schulen Medienkonzepte erstellt hätten, wonach lediglich am BBZ Neuss-Hammfeld das Konzept „Bring your own Device“ erprobt werden solle.

Herr Becker wies darauf hin, dass bereits in einer der letzten Sitzungen des Schulausschusses gewünscht worden sei, die Konzepte der Schulen nochmals zu vertiefen, bisher habe noch keine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Medienkonzepten stattgefunden. Diese sollten auch darauf hin überprüft werden, ob durch bestimmte Konzepte soziale Ungerechtigkeiten verschärft würden. Das Thema „Bring your own Device“ müsse im Schulausschuss nochmals grundsätzlich thematisiert werden.

Herr Schmitz erwiderte, das Thema „Bring your own Device“ werde mit dem Antrag der SPD behandelt. Dieser sei nach ausführlicher Beratung nach der Schulausschuss-Sitzung am 29.05.2018 entwickelt worden.

Herr Becker antwortete, es gehe darum, fachkompetent das Konzept vorzutragen. Frau Wienands führte aus, dass noch Beratungsbedarf bestehe. Es solle viel Geld über das Programm Gute Schule 2020 investiert werden und die Schulen hätten gute Konzepte erstellt. Die CDU wolle den Prozess begleiten und die Fortführung beobachten. Gleichwohl seien tiefer gehende Informationen zum Thema „Bring your own Device“ wünschenswert.

Nach einer weitergehenden Diskussion an der sich Herr Banse, Herr Tressel, Herr Ramakers und Frau Kühl beteiligten beschloss der Schulausschuss einstimmig:

SchuA/20190514/Ö7

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt, die Beratung des Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzung des Schulausschusses zu vertagen.

8. Mitteilungen

Protokoll:

Es gab keine Mitteilungen.

9. Anfragen

9.1. Bildungsgang "Staatlich anerkannte/r Erzieher/in" (Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion)

Vorlage: 40/3248/XVI/2019

Protokoll:

Herr Lonnes verwies zunächst auf die schriftliche Beantwortung des Fragenkataloges der SPD-Kreistagsfraktion in der Sitzungsvorlage 40/3248/XVI/2019. Er ergänzte, dass eine Kooperationsvereinbarung des Rhein-Kreises Neuss mit der Stadt Grevenbroich bestehe. Die Stadt habe weitere Ausbildungsstellen geschaffen, die Beschulung erfolge in der praxisintegrierten Ausbildung (PIA) am BBZ Grevenbroich.

Herr Becker sah einen großen Ansturm auf PIA-Plätze bundesweit, dies sei wohl eine attraktive Ausbildungsform.

Herr Lonnes nannte ergänzend noch einige Zahlen aus den Städten Neuss und Grevenbroich. Sowohl am BBZ Grevenbroich als auch am Erzbischöflichen Berufskolleg Marienhaus würden zum Schuljahresbeginn 2019/2020 jeweils eine zusätzliche Klasse eingerichtet, die voraussichtlich auch die notwendigen Schülerzahlen erreichten.

In Bezug auf die von der SPD-Fraktion angefragten zusätzlichen Werbemaßnahmen merkte er an, dass die Erweiterung des Angebotes auch aufgrund fehlender Lehrkräfte schwierig sei. Die Kapazitäten seien insofern begrenzt. Auch hielt er die Durchführung einer Werbekampagne für PIA-Plätze, die nicht besetzt werden könnten, für fraglich.

Der Schulausschuss fasste einstimmig den

SchuA/20190514/Ö9.1

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

9.2. Sonstige Anfragen

Protokoll:

Herr Becker fragte an, ob im Stellenplan für 2019-2020 neue Stellen für die IT-Betreuung der Schulen eingerichtet worden seien.

Herr Lonnes verwies auf die Zuständigkeit des Personalausschusses.

Herr Vieten ergänzte, dass es gelungen sei, zwei Stellen im IT-Bereich neu zu besetzen, obwohl der Bewerbermarkt leer gefegt sei.

Herr Schmitz kündigte an, den Sachstand des IT-Services bei den Schulen abzufragen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Rainer Schmitz um 18:41 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Gez.

Rainer Schmitz
Vorsitzender

Gez.

Karl-Heinz Isenbeck
Schriftführer